

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 75. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 13. November 2003

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: (...)**

Zusatzpunkt 3 b:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Kultur und Medien (21. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Günter Nooke, Bernd Neumann (Bremen), Renate Blank, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

**Umsetzung des Bundestagsbeschlusses zur Wiedererrichtung des Berliner Stadtschlusses**

– Drucksachen 15/1094, 15/2002 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Eckhardt Barthel (Berlin) Günter Nooke Dr. Antje Vollmer Hans-Joachim Otto (Frankfurt)

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen zwei Erklärungen nach § 31 der Geschäftsordnung der beiden Kolleginnen Petra Pau und Gesine Löttsch vor, die wir zu Protokoll nehmen.

Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung die Annahme einer Entschließung. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen aller Fraktionen bei Gegenstimmen der beiden fraktionslosen Kolleginnen angenommen.

Unter Buchstabe b seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Ausschuss, den Antrag auf Drucksache 15/1094 für erledigt zu erklären. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist wiederum mit den Stimmen aller Fraktionen bei Gegenstimmen der beiden fraktionslosen Kolleginnen angenommen.

#### **Anlage 3**

##### **Erklärung nach § 31 GO**

**der Abgeordneten Petra Pau (fraktionslos) zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung:  
Umsetzung des Bundestagsbeschlusses zur Wiedererrichtung des Berliner Stadtschlusses  
(Zusatztagesordnungspunkt 3 b)**

Hiermit erkläre ich, dass ich gegen die vorliegende Beschlussempfehlung und den Bericht des Ausschusses für Kultur und Medien auf Drucksache 15/2002 stimme.

Erstens aus einem rein formalen Grund: Die Entscheidung über die Zukunft des wohl wichtigsten Platzes der Republik soll heute ohne Debatte und damit ohne öffentlichen Austausch der Argumente erfolgen.

Zweitens stimme ich aus haushaltspolitischer Verantwortung dagegen. Mit diesem Beschluss soll ein nicht unerheblicher Teil des Haushaltes von Bundesminister Stolpe für ein stadtpolitisch und kulturpolitisch unsinniges Vorhaben festgelegt werden. Darüber hinaus greifen die Befürworter dieser Beschlussempfehlung unzulässig in die Haushaltshoheit des Berliner Landesparlamentes ein. Denn mindestens 7 Millionen Euro müsste das Land Berlin für das Abrissunternehmen „Palast der Republik“ beisteuern. Ich stimme also dagegen,

den Bürgerinnen und Bürgern Berlins die für soziale und kulturelle Zwecke dringend notwendigen Mittel zu entziehen.

Drittens stimme ich aus inhaltlichen Gründen gegen die Beschlussempfehlung: Der Bundestag hat vor Jahresfrist alternativ zwischen Schloss und Palast entschieden. Eine klare Mehrheit entschied sich für einen Neubau in der Kubatur des Schlosses. Beschluss ist Beschluss und Text ist Text. Alles darüber hinaus ist variabel und offen. Deshalb wäre der rasante Abriss des Palastes der Republik ein fataler Fehler – nach vorn und nach hinten geschaut.

Im Beschluss des Bundestages wurden drei Seiten des Neubaus beschrieben: die West-, die Nord- und die Südseite. Das ist nachvollziehbar. Und das gilt. Die Ostseite indes blieb offen. Der Beschluss des Bundestages schließt daher nicht aus, Teile des Palastes zu erhalten. Diese Option sollte nicht ohne Not verworfen werden. Sie eröffnet auch architektonische Spielräume, die Stadt kritisch zu einen.

Ich stimme gegen die Beschlussempfehlung, weil mit dieser die wichtigste Frage nicht beantwortet wird: Wird der Schlossplatz ein öffentliches Areal und gelingt es gerade hier, Ost und West, alte und neue Geschichte zusammenzuführen?